

DGB-Vorsitzender Jörg Becker

Rede beim Arbeitnehmerempfang 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

„Du hast mehr verdient! Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit.“ Dies ist das Motto zum diesjährigen 1. Mai.

Und genau deswegen grüße ich hier und an dieser Stelle zunächst einmal die dreihundert Kollegen und Kolleginnen der Firma Hammerstein, die deswegen entlassen werden, weil die EU mit Subventionen - also mit Euren und meinen Steuergeldern – der Firma Hammerstein in Rumänien eine Produktionsstätte baut, die hier zur Arbeitslosigkeit führt. Welch ein Irrsinn!

Ich grüße die Belegschaft des Walder Kaufhauses Globus, die demnächst arbeitslos werden soll. Zwar ist das Kaufhaus Globus für die lokale Ökonomie des Ortsteils Wald von herausragender Bedeutung und aus dieser Perspektive heraus sogar wirtschaftlich erfolgreich, doch was kümmert einen bundesweit operierenden Konzern wie Rewe eine kleine Lokalökonomie!

Und ich grüße außerdem die Belegschaft der Solinger Karstadt-Filiale, deren Zukunft und Arbeitsplätze nach wie vor unsicher sind und deren Sorgen in den Globalstrategien des Bertelsmann-Versagers, Finanzhazardeurs und jetzigem Vorstandsvorsitzendem des Essener Karstadt-Konzerns Thomas Middelhoff einen Dreck wert sein dürften.

(In Klammern und bevor ich mit meiner Rede an Sie weiter fortfahre, kritisiere ich hier öffentlich einen gewerkschaftsinternen Vorgang, den ich als Skandal empfinde. Ich tue das deswegen öffentlich, weil wir Solinger Gewerkschafter unsere politische Glaubwürdigkeit gerade dadurch hoch halten, dass wir keinesfalls blind gegenüber eigenen Fehlern sind. Ich empfinde es also als unfasslichen Skandal, dass die Gewerkschaft Verdi ihre millionenschwere Pensionskasse ausgerechnet bei der Firma Blackstone angelegt hat, also dem Finanzinvestor, den Müntefering einst gezielt als Heuschrecke bezeichnet hatte, der aber dann mit Segen der SPD Großaktionär der Telekom erwerben durfte und der zur Zeit maßgeblich darauf drängt, dass 50.000 Telekom-Mitarbeiter bei einer Lohnkürzung von 9 Prozent 4 Stunden länger arbeiten sollen.)

Also, Kollegen und Kolleginnen von Hammerstein, Globus und Karstadt: Unsere ganze Aufmerksamkeit ist bei Euch und wir versichern Euch unserer Solidarität.

Deutschland ist ein reiches Land. Die Wirtschaft boomt, der Export sorgt für prall gefüllte Auftragsbücher. Die Managergehälter steigen weiter. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt sich. Dennoch soll bei Löhnen und Gehältern weiter gegeizt werden. So wollen es viele Arbeitgeber. Dabei verschweigen sie bewusst, wer denn die Produktivität und die Gewinne steigert. Es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihren Qualifikationen, mit ihrem Engagement und mit ihrer Verantwortung. Es ist allerdings keine Selbstverständlichkeit, dass ihre Leistungen entsprechend entlohnt werden. Im Gegenteil – gerechte Lohn- und Gehaltserhöhungen werden als Konjunkturbremse diffamiert.

Und mehr noch: Unternehmer und Teile der politisch Verantwortlichen malen den internationalen Wettbewerb in düsteren Farben, damit viele Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz fürchten und sich in Bescheidenheit üben. Unterschlagen wird jedoch gerne, dass gerade in Großunternehmen Managementfehler waren, die schließlich zu Massenentlassungen geführt haben.

Die Beschäftigten in diesem Land aber haben mehr verdient, als zum Zuschauen des wirtschaftlichen Aufschwungs verurteilt oder zu Objekten von Finanzspekulanten gradiert zu werden. Sie haben mehr Respekt verdient. Sie wollen und können gut arbeiten. Dazu muss aber auch die Arbeit gut sein.

Gute Arbeit, das heißt:

- Einen sicheren Arbeitsplatz mit einem Einkommen, das ein Leben ohne existenzielle Sorgen ermöglicht.
- Eine Arbeit mit Sinn und ohne Risiko für die Gesundheit.
- Mitbestimmung am Arbeitsplatz.
- Eine Arbeit, die Entfaltungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen anbietet.

Das heißt: Gut ist eine Arbeitswelt, in der die Gestaltungsansprüche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Gehör finden und wirklich ernst genommen werden. Denn wer, wenn nicht die Beschäftigten, soll beantworten können, was gute Arbeit ist? Keiner kann die Qualität der Arbeitsbedingungen kompetenter beurteilen als die Beschäftigten selbst.

In der Tat: Deutschland ist ein reiches Land. Und in einem solchen Land sollen die öffentlichen Kassen leer sein? Ich kann diesen Blödsinn über die leeren Kassen der öffentlichen Hand nicht länger hören. Denn dieser Satz ist unzutreffend, falsch und verdummend. Nein, dieses Land ist nicht pleite, aber es wurde zu einem Selbstbedienungsladen der Wohlhabenden! Und dies wiederum ist keine abgestandene Klassenkampfparole, sondern lässt sich anhand nur weniger statistischer Zahlen schnell und gut demonstrieren.

Die Finanzämter des Landes Nordrhein-Westfalen haben im ersten Halbjahr 2003 267 der rund 1.700 Einkommensmillionäre des Landes nach deren Steuererklärung einer Sonderprüfung unterzogen. Nur 21 Fälle blieben dabei unbeanstandet. In 246 Fällen ergab die Sonderprüfung eine Nachzahlung von insgesamt 23 Millionen Euro – also rund 120.000 Euro pro Fall. Zwei Jahre zuvor hatte sich der Steuerbetrug pro Fall noch auf 47.000 Euro belaufen. Dieser Tage berichteten die Medien von der Klage des Präsidenten des Bundesrechnungshofes, dass der Fiskus die Großverdiener unseres Landes auch weiterhin nur unzureichend überprüfe. Jede Sonderprüfung habe im vergangenen Jahr 135.000 Euro Mehreinnahmen für die öffentliche Hand ergeben.

Hochgerechnet auf die rund 21.000 Einkommensmillionäre im gesamten Bundesgebiet ergäbe dies mit stark 2,8 Milliarden Euro eine erkleckliche Summe, die unmittelbar in ein Beschäftigungsprogramm für arbeits- und ausbildungsplatzlose Jugendliche weitergeleitet werden könnte. (Außerdem könnte die Arbeitslosigkeit um einige Tausend neu ausgebildete Steuerbeamtinnen und Steuerbeamte vermindert werden.)

Die deutsche Steuerflucht summierte bereits Ex-Finanzminister Waigel in den 90er Jahren auf eine Summe zwischen (umgerechnet) 35 und 70 Milliarden Euro. Nimmt man die obigen

Steigerungsraten der Steuerbetrügereien der Großverdiener, dürften dem Fiskus aktuell an Auslandssteuerflucht weit über 50 Milliarden Euro verloren gehen – pro Jahr!

Im vergangenen Jahrzehnt hat sich das Geldvermögen des reichsten Viertels der Bevölkerung in Deutschland um 25 Prozent erhöht, das des ärmsten Viertels hingegen mehr als halbiert. Aktuell verfügen in Deutschland etwa 800.000 Privatpersonen über ein Finanzvermögen (Immobilien nicht mitgerechnet) von mehr als einer Million Euro, Ende 2001 hatte diese Zahl noch bei 730.000 gelegen. Auf der anderen Seite sind über drei Millionen deutscher Haushalte überschuldet, die Zahl der Ratsuchenden steigt jedes Jahr im zweistelligen Bereich. Die Zahl der persönlichen Insolvenzen ist in 2005 auf über 50.000 gestiegen. Was inzwischen allgemein bekannt ist: Etwa dreizehn Prozent der Bundesbevölkerung leben unter der Armutsgrenze (mit weniger als 50 % des durchschnittlichen Haushaltseinkommens).

Was jeder normale Mensch Armut nennt, bezeichnet die gegenwärtige Große Koalition in Berlin als „übermäßige Lohnspreizung“. Was für ein Wort, welche Verharmlosung, welche politische Verkleisterung angesichts zunehmender sozialer Verelendung! Während die Reallöhne der Beschäftigten sinken, steigt deren Arbeitsleistung. Und die Telekom verlangt bei der geplanten Ausgliederung von 50.000 Mitarbeitern völlig ungeniert mehr Arbeit und weniger Lohn. Pfui! Während ein kleiner aber reicher Teil der Bevölkerung sein Einkommen dauernd vergrößern kann, sinkt das Wohlstandsniveau der allermeisten Beschäftigten seit Anfang der neunziger Jahre. Mehr als eine halbe Million von Vollzeitbeschäftigten ist inzwischen sogar darauf angewiesen, zusätzlich zum kleinen Lohn noch Hartz IV zu beziehen, weil diese Menschen sonst nicht überleben können. Und diese Zusammenhänge, über die ich hier rede, können Sie genauso wie ich dem „Solinger Tageblatt“ der letzten Wochen entnehmen und nicht irgendeiner linken Postille!

Zu den Stadtwerken:

Die drei Stadtwerke aus Solingen, Remscheid und Velbert diskutieren zur Zeit über eine zukünftig engere Kooperation unter dem Stichwort „Bergische Kooperation“. Und in der Tat kann es vernünftig und konstruktiv sein, diese bergischen Kräfte zu bündeln, insbesondere dann, wenn es darum geht, der von der EU geplanten völligen Abschaffung des deutschen Modells öffentlicher Stadtwerke zugunsten rein privatwirtschaftlicher Versorgungsunternehmen etwas Kraftvolles entgegen zu stellen. Aber: Wann immer ein Gewerkschafter das Wort Fusion hört, müssen bei ihm nach aller Erfahrung auch Alarmglocken klingen. Der Solinger DGB und seine Einzelgewerkschaften werden diese Fusionspläne nur dann mittragen, wenn dabei nicht nur die gegenwärtigen Arbeitsplätze uneingeschränkt erhalten bleiben, sondern auch zusätzliche Neueinstellungen ermöglicht werden. Die Zeiten der Fusionen, bei denen unzählige Arbeitsplätze geopfert werden müssen, sind aus unserer Sicht vorbei. Was zählt, ist Qualität und Kontinuität und gleichzeitig die Sicherheit der Arbeitsplätze. Was wir nicht unterstützen, ist ein gedankenloses Übernahmefressen mit dem Ziel die Wettbewerber kaltzustellen.

Daher fordern wir in diesem Zusammenhang:

1. Nicht nur Erhalt, sondern langfristige Sicherung der Arbeitsplätze,
2. gemeinsame und parallele Gespräche mit den davon betroffenen Betriebsräten, den Geschäftsführern der Stadtwerke, den Stadtratsmitgliedern, den Kämmerern und den Bürgermeistern,
3. Sicherung der verfassungsrechtlich gewollten Versorgung aller Bürger und
4. keine Übertragung dieser Aufgaben an die private Wirtschaft.

Eine Kooperation nur unter der kurzfristig-kurzfristigen Perspektive einer Ertragsmaximierung ist langfristig zum Scheitern verurteilt. Wo kurzfristig gespart werden kann, tauchen langfristig enorme Zusatzkosten auf. Und genau aus diesem Grunde lassen sich die Betriebsräte auch in Zukunft weder kaufen noch missbrauchen.

Zum Klinikum:

Lassen Sie mich dazu zunächst auf die inzwischen mehr als grausliche Realität im privaten Sana-Klinikum in Remscheid eingehen.

Ist es die folgende in Remscheid inzwischen eingetretene Verschlechterung der pflegerischen Leistungen noch erträglich? Gab es früher auf allen Stationen in der Früh- und in der Nachtschicht jeweils zwei vollexaminierte Pflegerinnen, so ist das inzwischen jeweils nur noch eine Fachkraft + Praktikanten, Zivis, Teilzeit- und Hilfskräfte. Eine Krankenhausprivatisierung bedeutet also wie in diesem Beispiel zwei Nachteile für den Patienten: Erstens der Rückgang von Fachkompetenz und zweitens der häufige Wechsel von Bezugspersonen.

Und gerade weil schon in den nächsten Tagen mit drastischen rechtlichen und organisatorischen Veränderungen für das Städtische Klinikum zu rechnen ist, sei den damit befassten Kommunalpolitikern klipp und klar gesagt, dass sie wissen müssen, was sie tun. Denn die Privatisierung von Krankenhäusern ist nicht neu und sie ist hinsichtlich der äußeren und inneren Folgen gut erforscht und gut bekannt. Während beispielsweise die Zahl der Krankenhausärzte von rund 100.000 Ärzten 1995 auf rund 120.000 Ärzte 2004 anstieg, ging im gleichen Zeitraum die Beschäftigung von Pflegekräften von 350.000 auf 300.000 zurück. Das rührt vor allem daher, dass sich der auf den Krankenhäusern liegende Finanzdruck kaum nach Versorgungskriterien, wohl aber nach dem berufsgruppen- und abteilungsspezifischen Gegenwehrpotential verteilt. Die in diesem Zeitraum auch verkürzte Liegedauer erklärt den Rückgang an Pflegepersonal nicht, entfallen doch gerade die wenig pflege- und behandlungsintensiven Tage, so dass die gleichzeitige Zunahme der zu versorgenden Patienten zu einer spürbaren Arbeitsintensivierung geführt hat.

Während des Ärztestreiks im Sommer des letzten Jahres erreichte uns folgender Brief eines Solinger Arztes. „Die Aktionen der Gewerkschaft sind eine unverschämte Provokation. Was ein Arzt zu tun und zu akzeptieren hat, übersteigt Ihre Ermessensfähigkeiten. Das Überflüssige in einem Krankenhaus ist halt nicht der Arzt, denn der erzeugt ja das gewinnerzeugende Produkt: Behandlung.“ So ist das eben mit einigen Ärzten: akademische Überheblichkeit, soziale Arroganz, Kaltschnäuzigkeit und kaufmännischer Egoismus.

Genau weil also Gewerkschafter unwissend, unwichtig und dumm sind – allerdings die Rechtschreibung besser beherrschen als dieser Herr Doktor! – äußern wir uns an dieser Stelle sehr dezidiert zu der geplanten Rechtsformänderung unseres Städtischen Klinikums.

Der Blick nach Leverkusen, Köln, Düsseldorf, Krefeld, Duisburg und Velbert zeigt uns brandaktuell, dass nach Rechtsformänderungen weitere Veränderungsprozesse mit negativen Folgen für die Beschäftigten in diesen Einrichtungen nicht lange auf sich warten lassen.

Aktuell befinden sich die sich noch in kommunaler Trägerschaft befindlichen Krankenhäuser in Düsseldorf, Duisburg und Krefeld in Verkaufsverhandlungen. Die negativen Folgen für die dort Beschäftigten sind nicht zu überschauen. Einem Verkauf vorangehend wird in den

meisten Krankenhäusern der so genannte tertiäre Bereichen wie Küchen, Wäschereien, Reinigungsdienste, technische Abteilungen, Zentrallabors, Bettenzentralen usw. ausgegliedert. Diese Maßnahmen dienen hauptsächlich dem Zweck, die Unternehmen wirtschaftlicher zu machen. Das gelingt dadurch, dass man den Beschäftigten kräftig in die Tasche greift: durch Wegfall des Weihnachtsgelds, Tarifflicht, Anwendung günstiger Tarifsysteme, Streichung von unzähligen Planstellen und Schaffung schlechterer Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

All dies soll jedoch nach Versprechungen der Solinger Kommunalpolitik und besonders nach vielen Zusagen von Ihnen Herr Haug durch die jetzt beabsichtigte Rechtsformänderung in eine gemeinnützige GmbH für die Beschäftigten der Klinik nicht zutreffen und gerade Sie haben betriebsbedingte Kündigungen mit sich als Oberbürgermeister ausgeschlossen.

Für uns bleibt aber nicht nachvollziehbar, warum unmittelbar nach der eigentlichen Rechtsformänderung 94,9 % der neu gegründeten Gesellschaft an die Beteiligungsgesellschaft der Stadt Solingen abgetreten werden sollen. Dies löst nicht nur weitere Kosten aus, deren Höhe wir nicht einschätzen können, sondern könnte vor allem bedeuten, dass in einem späteren und zweiten Schritt der Löwenanteil am Klinikum ohne Ratsbeschluss veräußert werden könnte! Ist genau diese versteckte und klamm-heimliche Privatisierung des Solinger Klinikums geplant?

(Voller Süffisanz erwähne ich hier in Klammern, dass der ach so gewerkschaftsfreundliche Supermarkt-Konzern Wal-Mart gerade dabei ist, in 400 seiner am. Filialen medizinische Kliniken zu eröffnen. Demnächst lassen wir uns alle also zwischen Gummibärchen, Kartoffeln und Unterwäsche operieren. Es lebe der freie Markt!)

Die gesetzlichen Einflussmöglichkeiten der Personalvertretung im Solinger Klinikum sind bei den geplanten Veränderungen leider sehr gering. Und die Beteiligungsmöglichkeiten im zukünftigen Aufsichtsrat liegen nach dem erklärtem Willen von CDU und SPD sogar unterhalb der gesetzlich möglichen Bestimmungen.

Die Gewerkschaft verhandelt nun seit mittlerweile neun Monaten mit Ihnen Herr Haug über einen Personalüberleitungsvertrag für alle zum Zeitpunkt des Stichtags in der Klinik beschäftigte Mitarbeiter, um eine möglichst lange Beschäftigungssicherung für sie zu erreichen und ihnen das bis jetzt zustehende Einkommen zu sichern. Und natürlich muss es unser Ziel sein, dafür zu sorgen, dass sich in der neu gegründeten Gesellschaft die jetzigen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten auf gar keinen Fall verschlechtern. Doch bereits der lange Zeitraum der Verhandlungen macht deutlich, dass die Interessen der auf Arbeitgeberseite Verantwortlichen und die Interessen unserer Mitglieder zum Schutz ihrer berechtigten Bedürfnisse weit auseinander gehen.

Die Personalvertretung der Klinik hat sich bereits auf den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bis zum 2014 verständigt und der Ausschluss von betriebsbedingten Änderungskündigungen wurde ihr bis 2012 zugesichert; auch die betriebliche Altersvorsorge ist vorerst gesichert!

Keine Verständigung gibt es jedoch bis jetzt in der Frage der Tarifbindung und Tarifierung. Obwohl in den Verhandlungen alle Beteiligten beteuern, für die Beschäftigten keine Verschlechterungen einführen zu wollen, wird uns die verbindliche Aufnahme der Tariffortschreibung im Personalüberleitungsvertrag verweigert. Ihre Willenserklärung Herr Haug, zum Stichtag der Rechtsformänderung, Mitglied des

kommunalen Arbeitgeberverbandes zu werden, reicht uns deswegen bei weitem nicht aus, weil jederzeit die Möglichkeit besteht, aus dem kommunalen Arbeitgeberverband wieder auszutreten. Und wenn die Tariffortschreibung im Überleitungsvertrag nicht ausdrücklich erwähnt ist, befürchten wir Tariffucht, schlechtere Bedingungen für die Beschäftigten und eine erheblich erleichterte Möglichkeit, das Klinikum zu verkaufen oder problemlos schlechtere Bedingungen für die Beschäftigten zu schaffen. Und genau deswegen erwarten wir eine bestmögliche Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse in allen Belangen.

Obwohl die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind und obwohl das gesetzlich vorgeschriebene Mitbestimmungsverfahren nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden ist – und allein das ist durchaus skandalös! – beabsichtigen Sie Herr Haug durch einen Beschluss des Rates der Stadt Solingen am 3. Mai die Rechtsformänderung zum Abschluss zu bringen! Wir werden sehr genau und höchst fachkundig zu überprüfen haben, welche formalen Rechtsmittel gegen welche Beschlüsse wir einlegen können und werden! „So nicht“, kann ich an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit formulieren!

Zum Rathausneubau:

Wer nur einigermaßen regelmäßig die Leserbriefe zu diesem Thema im Tageblatt nachliest, weiß recht gut, dass dieser Planung fast kein Bürger in Solingen zustimmt. „Augen zu und durch“: Dies ist die technokratische Durchhalteparole einer Großen Koalition, die Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit produziert – die 35%ige Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalts Kommunalwahl lässt grüßen! Die einstimmige Forderung der Bezirksvertretung Mitte, die Bürger vor der Festlegung der Jury auf ein Konzept eines Investors zu beteiligen, wurde von der politischen Mehrheit im Rat abgelehnt. Und erst nachdem man sich politisch auf den Neubau des Rathauses und im Rahmen der Jury auf das EPA/SEPA-Konzept festgelegt hatte, durften sich die Bürger äußern. Erwartungsgemäß änderten die zahlreichen Proteste in den nachträglichen, durchaus umfangreichen Bürgerbeteiligungen nichts mehr an den Vorgaben: Schließlich hatte man sich dem Investor schon verpflichtet. Und so, als hätte es nicht genug mangelnde Beteiligung der Solinger Bürger und Bürgerinnen gegeben, wurde das Verwirrspiel noch größer, als dann das von allen Leuten stets als unsinnig vorgesehene Drei-Sterne-Hotel auf einmal wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen wurde.

Was an der Rathausneubebauung aber vor allem ärgert sind die vielfältigen finanziellen Unsicherheiten – sicher ist hier wohl nur die niemand bekannte Rendite im Konsistorialvertrag mit dem Investor, denen auch die Ratsmitglieder zugestimmt haben ohne sie zu kennen. Von diesen finanziellen Unwägbarkeiten zähle ich hier nur drei auf:

1. Überall fehlt eine Vergleichsrechnung der auf die Stadt zukommenden Kosten, wenn diese das Rathaus selber errichten würde. Schließlich bindet sich ja die Stadt auf 30 Jahre mit einer Mietsumme von 2,2 Mio. Euro jährlich.
2. Warum – so fragen sich verduzt alle Vermieter und Mieter – bezahlt die Stadt dem Investor eine ortsunüblich hohe Miete von fast 12 Euro pro Quadratmeter?
3. In der Gesamtkalkulation liegt eine nicht nachzuvollziehende Berechnung dort vor, wo die Stadt von jährlichen Zusatzeinnahmen in Höhe von 100.000 Euro aus der Vermietung von Parkplätzen ausgeht. Heute gibt es hunderte von Parkplätzen auf dem Rathausparkplatz und die Einnahmen daraus liegen unter 50.000 Euro Parkgebühren. Künftig werden es aber nur 65 Parkplätze sein. Uns will es nicht in den Kopf, wie nur 65 Parkplätze mehr als die doppelte Summe erwirtschaften sollen. Wie soll das gehen?

Ich erspare es mir an dieser Stelle, auf weitere mehr als seltsame Finanzberechnungen rund um den Rathausneubau einzugehen. Doch eines steht fest und das wissen wir inzwischen aus vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen: Der Kapitalstock eines Investors ist meistens vergleichsweise klein. Hat dieser jedoch eine Kommune – und am liebsten die, die vom Haushaltssicherungsgesetz stranguliert wird – so richtig im Griff, dann wird das für das Investorenmodell vereinbarte Zusatzkapital auf dem Kapitalmarkt eingekauft. Die dafür notwendigen Zinskosten werden der Gemeinde sodann schamlos auf's Auge gedrückt, sei es in der Form überhöhter Mietpreise oder extrem hoher Planungs- und Overheadkosten, deren Höhe kein normaler Mensch nachvollziehen kann.

Noch einmal anders formuliert. Der berühmte kostenlose Investor, der von außen kommt und eine Kommune aus ihren Haushaltsnöten befreit, ist eine Schimäre, eine politische Lüge, eine boshafte Verschleierung. Ganz das Gegenteil ist der Fall: Die meisten so genannten Investorenlösungen verschulden die Städte langfristig noch schlimmer als sie es gegenwärtig bereits sind. In bemerkenswerter Klarheit heißt es genau in diesem Zusammenhang in einer Stellungnahme des Städtetages Nordrhein-Westfalen: „Der Verkauf von kommunalem Eigentum erzeugt finanzwirtschaftlich lediglich kurzfristige Einmal-Effekte und würde strukturelle Reformen zur Lösung der kommunalen Finanzkrise eher behindern.“

Die Bezirksregierung hat den Rathausneubau zwar genehmigt, aber mit folgendem Zusatz: „Angesichts der schwierigen Haushaltslage der Stadt Solingen werde ich darauf bestehen, dass nicht erreichte Einsparungen an anderer Stelle im Haushalt kompensiert werden müssen.“ Hervorragend: Die Langfristschuldenfalle für Solingen ist perfekt – doch was kümmert mich mein heutiges Geschwätz, wenn die Wahlperiode vorbei ist.

Zustimmend zitiere ich in diesem Kontext Dietmar Gaida von den Grünen: „Der Rat der Stadt Solingen hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, auch die eigenen Enkel mit der 30jährigen Mietbindung zu verpflichten. Ob sie wollen oder nicht; gefragt werden konnten sie nicht, ihre Eltern wollte man nicht fragen! Solche langfristigen Bindungen waren schon immer ungerecht. Heute aber, wo jeder Provinzpolitiker das Wort Generationengerechtigkeit mit einer Leichtigkeit in den Mund nimmt, als wäre es Kaugummi, lässt sich so etwas nicht mehr entschuldigen. Es ist unfair, es ist unseriös und es ist ignorant! Die Beschlussvorlage im Rat war nicht entscheidungsreif. Niemand der 68 Ratsmitglieder, auch nicht der Oberbürgermeister, konnte auf dieser mangelhaften Grundlage eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen. Die Mehrheit hat es aber getan. Gegen die Solingerinnen und Solinger.“

Ich habe nur über drei Problemfelder gesprochen: Stadtwerke, Klinikum und Rathausneubau. Ich hätte auch über Schwimmbäder, den Walder Stadtsaal, die Bücherei oder die VHS reden können. Hinter all diesen Problemfeldern steht das gleiche Problem, nämlich die immer kräftiger um sich greifende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auf kommunaler Ebene. Die neo-liberale Devise „privat vor Staat“ drängelt sich nun immer ungenierter und aggressiver auch auf die kleinsten Ebenen einer Gemeinde vor.

Sehe ich mir die privatisierte Bundesbahn an, dann weiß ich, was Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bedeutet. Sie bedeutet grundsätzlich und immer:

1. Eine Entlassung vieler Mitarbeiter und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der verbliebenen Mitarbeiter.
2. Privatisierung bedeutet zweitens und grundsätzlich und immer eine Verteuerung der Leistungen für den Endverbraucher (man kann das auch Lohnkürzung, Schwächung der Kaufkraft und Vernachlässigung des Binnenmarktes nennen).

3. Und drittens bringt Privatisierung zumeist eine Verschlechterung der Leistungen mit sich, zumindest dann, vor allem immer dann, wenn es sich wie bei der Bundesbahn oder den Energieunternehmen um Monopole und Kartelle handelt. Leistungsver schlechterung heißt bei der Bundesbahn: Wegfall der bisherigen S 7, Zunahme an Zugverspätungen, nicht funktionierende Toiletten und Türen innerhalb der Zugwagons, verwahrloste Bahnhöfe, die wie in Ohligs, flächendeckend nach Urin stinken, die nicht fristgerecht renoviert werden usw. Am gesamten Ohligser Bahnhof gibt es übrigens nur noch 4 Vollzeitbeschäftigte der Deutschen Bundesbahn.

„Privat vor Staat“: Das ist auch das unselige Motto der Landesregierung in Düsseldorf. Dies zeigt sich zur Zeit auf den folgenden drei Ebenen:

- Veränderung des Sparkassengesetzes so, dass Sparkassen ihren sehr speziellen kommunalen Aufgaben nicht mehr gerecht werden können,
- Veränderung des Landespersonalvertretungsgesetzes so, dass Mitarbeiter im öffentlichen Dienst in Zukunft zum Beispiel wie Stückgut, wie eine Ware, ungehört und ohne Mitspracherechte hin und her versetzt werden können und
- Veränderung der Gemeindeordnung so, dass die Kommunen nicht mehr so ohne Weiteres wirtschaftlich tätig werden dürfen, dass also beispielsweise die Quersubventionierung eines Verlust bringenden Bereiches durch einen Gewinn bringenden Bereich nicht mehr zulässig ist.

Diese drei in Düsseldorf angestrebten Gesetzesänderungen treffen auf unseren heftigsten Widerstand und wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen zur Wehr setzen und ich kann an dieser Stelle nur sagen, unterschätzen Sie dabei nicht unsere Phantasie, unsere Energie, unsere Kraft und unsere Wut.

Es ist genau dieser Hintergrund, der den Solinger DGB dazu veranlasst hat, tatkräftig an der Bürgerinitiative „Solingen gehört uns. Bürgerbegehren gegen die Privatisierung von kommunalem Eigentum!“ mitzuwirken. Ja, das wollen wir: Ein so genanntes initiiertes Bürgerbegehren gegen den weiteren Ausverkauf von kommunalem Eigentum und kommunalen Dienstleistungen in Solingen. Dieses hatte vor genau einem Jahr der DGB-Regionsvorsitzende Hans Peters an dieser Stelle angekündigt. Und ich kann nur sagen, dass wir in diesem einen Jahr einen erheblichen Schritt nach vorne getan haben.

Innerhalb des letzten Jahres haben sich viele Gewerkschaftsgremien hier in Solingen neu aufgestellt und positioniert, sich gefestigt und dynamisiert: Die Betriebsräte von Globus und Karstadt arbeiten inzwischen eng zusammen, der DGB (unter meiner Leitung) funktioniert inzwischen wieder recht gut und bringt GEW, IG Bau, IG Metall, Gewerkschaft Verdi und die Polizeigewerkschaft zu Planung und Ideenaustausch regelmäßig zusammen, die Kooperation der Betriebs- und Personalräte sehr verschiedener Unternehmen hat sich in letzter Zeit merklich intensiviert, der DGB hat inzwischen Veranstaltungen mit der CDA und dem Katholischen Bildungswerk durchgeführt und nach der Kooperation mit drei unterschiedlichen christlichen Kirchen für einen gemeinsamen ökumenischen Gottesdienst jedes Jahr zum 1. Mai kann der DGB erstmals für morgen früh jetzt auch eine Kooperation für einen weiteren Gottesdienst zum Tag der Arbeit zusammen mit dem Diyanet-Türkisch-Islamischen Kulturverein anbieten, schließlich schätzen wir den Anteil an muslimischen Gewerkschaftskollegen in der IG Metall auf ungefähr 30 Prozent.

Die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“ nennt sich deswegen so, weil wir die Lebensqualität aller Solinger Bürgerinnen und Bürger durch Bestandsgarantien für öffentliches, kommunales Eigentum sichern wollen. Und deswegen müssten eigentlich alle

Kommunalpolitiker unsere bald ausliegenden Unterschriftenlisten unterzeichnen. Als Kommunalpolitiker sind sie zuerst ihrer Kommune und nicht ihrer Partei verpflichtet. Das aber heißt auch, dass der DGB davon ausgeht, dass alle Solinger Kommunalpolitiker nur dann noch wählbar sind, wenn sie ihren jeweiligen Parteivertretern im Land- und im Bundestag permanent und ganz, ganz kräftig gegen die Schienenbeine treten. Das dauernde Reden über die Stärkung der Gemeindefinanzen wird dann zum witzlosen Geschwätz, wenn man seinen eigenen Parteifreunden in Bund und Land nicht endlich ungeheuerlich zusammen staucht, sich notfalls auch traut, den Klageweg zu beschreiten.

Und in diesem Sinne möchte ich meinen Vortrag heute mit einer schönen Geschichte abschließen.

Wie viele andere Kommunen, so kroch auch die Gemeinde Oderwitz in Sachsen einem so genannten Investor auf den Leim: Bau, Leasing und Rück-Vermietung einer Sporthalle an Oderwitz über einen Zeitraum von 30 Jahren - wir kennen ja diese Spiele. Freilich stellte dann der Sächsische Landesrechnungshof fest, dass die Finanzierung über den Investor wesentlich teurer als mithilfe eines normalen Kommunalkredits gewesen wäre und dass das Landratsamt den Vertrag nie hätte genehmigen dürfen. Daraufhin verlangte die Gemeinde vom Landratsamt Schadensersatz wegen Amtspflichtverletzung. Und – man höre und staune: Nach mehreren Berufungen auf verschiedenen Gerichtsebenen gab der Bundesgerichtshof der kleinen Gemeinde Oderwitz in letzter Instanz Recht. Es ist ein erstmaliges und durchaus erstaunliches Urteil und es hat in den Stuben der Kommunalaufsicht in ganz Deutschland zu großer Unruhe geführt. Und das ist gut so! Investorenprojekte gibt es nicht nur in Oderwitz, sondern auch in Solingen.